

Slowakische Republik

Gesamteinschätzung

Die zügig eingeleiteten, ambitionierten Reformmaßnahmen der seit September 1998 amtierenden Regierung des Ministerpräsidenten Dzurinda haben trotz der nach wie vor bestehenden Problembereiche eine Verbesserung der meisten Schlüsselindikatoren der slowakischen Wirtschaft auf den Weg gebracht. Angesichts des von der vorherigen Regierung hinterlassenen „doppelten Defizits“ in Staatshaushalt und Leistungsbilanz sowie mangelnder Strukturreformen hat sich die neue Regierung zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Transformation mittelfristig der Herstellung makroökonomischer Stabilität und der Einleitung struktureller Reformen im Unternehmens- und Finanzsektor verpflichtet. Nachdem das Wirtschaftswachstum 1999 als unmittelbares Resultat des angelaufenen Sparprogramms der öffentlichen Haushalte und der Beschränkung der heimischen Nachfrage auf 1,9% (BIP) gefallen ist, stieg es im Jahresverlauf 2000 allmählich auf 2,9% im vierten Quartal (gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum) und erreichte 2,2% im gesamten Jahr 2000. Der Export blieb dabei mit einem Anstieg um real 16% weiterhin der Wachstumsmotor der slowakischen Wirtschaft und glich den weiteren Rückgang der Binnennachfrage (real -1,3% gegenüber 1999) aus. Vor allem wegen des starken Exportwachstums sowie höherer Einnahmen der Transportwirtschaft konnte das Leistungsbilanzdefizit im vergangenen Jahr ein weiteres Mal reduziert werden (auf 3,7% des BIP).

Die Lage der öffentlichen Finanzen blieb 2000 weiterhin angespannt. Das konsolidierte Haushaltsdefizit belief sich nach vorläufigen Angaben auf 3,4% des BIP und betrug unter Berücksichtigung der Sanierungsaufwendungen für den Bankensektor und Zahlungen im Zusammenhang mit staatlichen Garantien sogar über 5% des BIP. Den positiven Effekten des Sparprogramms wirkte insbesondere das steigende Defizit im Bereich der Sozialversicherung, das auf die hohe Arbeitslosigkeit (17,9%) und sinkende Beitragseinnahmen zurückzuführen ist, entgegen. Infolge der Abwertung der Slowakischen Krone sowie der Stabilisierungsmaßnahmen der Regierung, die in den Jahren 1999 und 2000 vor allem die Anhebung administrativer Preise und eine Mehrwertsteuerangleichung beinhalteten, stieg die durchschnittliche Inflationsrate der Verbraucherpreise 2000 auf 12,2%; zum Jahresende war die Preissteigerungsrate jedoch bereits auf 8,4% gesunken. Für den Anstieg der Industriegüterpreise von 3,8% 1999 auf 9,8% 2000 waren vor allem die gestiegenen Rohölpreise verantwortlich. Die Durchführung von Privatisierungs- und Restrukturierungsmaßnahmen bescherte der Slowakei im letzten Jahr nach Angaben der Nationalbank Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen in Rekordhöhe von rund 2,1 Mrd. USD.

Die mit dem Regierungswechsel einhergegangene politische und wirtschaftliche Kurswende hat auch positive Auswirkungen auf die angestrebte EU-Integration. Seit Februar vergangenen Jahres hat die EU im Rahmen der zweiten Beitrittsrunde Verhandlungen mit der Slowakischen Republik aufgenommen. Allerdings stellt vor allem die politische Entwicklung weiterhin einen Risikofaktor für die Fortsetzung des Reformpfades und der Integration des Landes sowohl in die EU als auch in die NATO dar. Zwar ist mit der Ungültigkeit des Referendums im November 2000 der Versuch des früheren Ministerpräsidenten Meciar gescheitert, durch vorgezogene Wahlen an die Macht zurückzukehren. Aufgrund wachsender Unstimmigkeiten in der Regierungskoalition wird jedoch derzeit der politische Reformprozess beeinträchtigt.

Produktion und Verwendung

Nachdem sich das Wirtschaftswachstum 1999 als unmittelbare Folge der angelaufenen Sparprogramme der Regierung verlangsamte, 1999 nahm das BIP real nur um 1,9% zu, stieg es im Jahresverlauf 2000 sukzessive auf 2,9% im vierten Quartal (gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum). Im gesamten Jahr 2000 verzeichnete es einen Zuwachs von 2,2%. Dabei blieben die Exporte von Waren und Dienstleistungen mit einem realen Anstieg um 16% in noch stärkerem Maße als im Jahr 1999 der Wachstumsmotor der slowakischen Wirtschaft. Dagegen fiel der Wachstumsbeitrag der heimischen Verwendung unter dem Einfluß des Austeritätsprogramms mit real -1,3% erneut negativ aus (1999: real -4,6%). Der stärkste Rückgang ist im Gesamt-

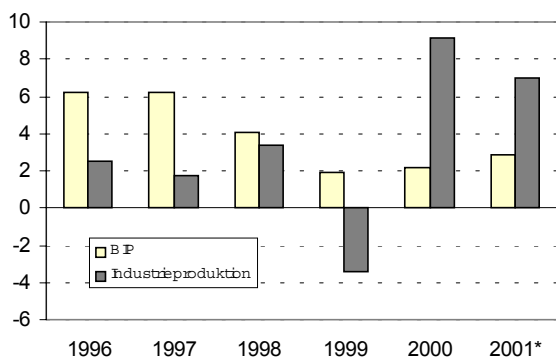
jahr 2000 beim Konsum der privaten Haushalte eingetreten (real -3,4%). Moderater fielen im Vergleich hierzu die Rückgänge beim Staatsverbrauch (real -0,9%) und bei der Bruttoanlagekapitalbildung (real -0,7%) aus, die damit auch deutlich hinter den rückläufigen Entwicklungen im Vorjahr zurückblieben (real -6,9% bzw. -18,8%).

Auf der Produktionsseite konnte die Industrie vor allem von der hohen Auslandsnachfrage profitieren. Im Gesamtjahr 2000 legte die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um real 9,1% zu, nachdem sie 1999 gegenüber 1998 noch um real 3,4% zurückgegangen war. Dabei wuchs das Verarbeitende Gewerbe 2000 gegenüber dem Vorjahr um 10,3%, gefolgt von der Wasser- und Stromversorgung (+7%). Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes stellte die Produktion von Kraftfahrzeugen und

Kraftfahrzeugteilen mit einer Zunahme um 30,3% die dynamischste Branche dar, die insbesondere von der Errichtung des neuen Volkswagen-Montagewerks in Bratislava profitieren konnte.

Nachdem die Bauwirtschaft aufgrund des Investitionsrückgangs 1999 bereits einen Einbruch von 25,8% hinnehmen musste, gingen die Bauaktivitäten in den ersten acht Monaten 2000 nochmals um 6,5% zurück. Im Gesamtjahr 2000 betrug der Rückgang des Baugewerbes gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im vierten Quartal anziehenden Wirtschaftsentwicklung jedoch nur noch -0,4%. Trotz der im Jahresdurchschnitt 2000 um 4,9% gesunkenen Reallöhne stieg der Einzelhandelsumsatz um 2,3%.

Reales Wirtschaftswachstum
Veränderung gg. Vorjahr in %



* Prognose.

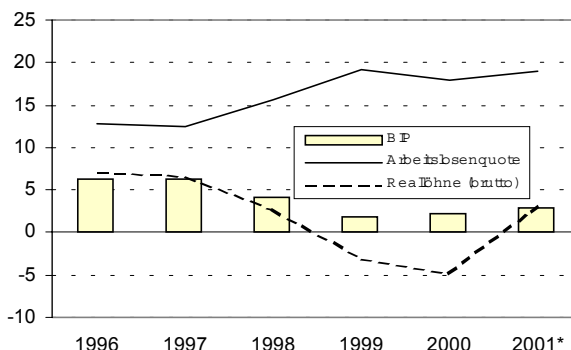
Für das laufende Jahr 2001 wird erneut mit einem moderaten Wirtschaftswachstum gerechnet, das zu einem voraussichtlichen Anstieg des BIP um real etwa 2,9% führen wird. Dabei ist davon auszugehen, dass die weiterhin positiven Impulse der Auslandsnachfrage von einer wieder anziehenden Binnennachfrage begleitet werden. Die Investitionen dürften sowohl von einer Stabilisierung des privaten Konsums als auch von einer am 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Senkung der Gewinnsteuern für Unternehmen von 40% auf 29% profitieren. Bereits im vierten Quartal 2000 wurde ein Zuwachs des privaten Konsums gegenüber dem vierten Quartal 1999 um real 2,4% erzielt. Im selben Zeitraum stieg der Staatsverbrauch im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal um real 8,9%.

Arbeitsmarkt

Infolge des moderaten Wirtschaftswachstums während der letzten zwei Jahre blieb die Arbeitslosenquote zum Ende 2000 mit 17,9% (registrierte Arbeitslose) nach wie vor auf einem alarmierend hohen Stand. Zwar ging die Arbeitslosenquote verglichen mit Ende Dezember 1999 um 1,3 Prozentpunkte zurück, diese positive Entwicklung war jedoch maßgeblich dem nationalen Arbeitsbeschaffungspro-

gramm zuzuschreiben. Nach der Wiederaufnahme der bei gemeinnützigen Arbeiten beschäftigten Personen in die Statistik der Arbeitsuchenden erreichte die Arbeitslosenquote im Januar 2001 mit 19,8% eine Rekordhöhe; im März dieses Jahres lag sie bei 19,2%. Entsprechend spiegeln die Auswirkungen des Beschäftigungsprogramms signifikant die Beschäftigungsentwicklung im letzten Jahr wider. Gemäß den Angaben des Labour Force Surveys führten die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im vierten Quartal 2000 zu einer vorübergehenden Zunahme der Beschäftigten in den sonstigen öffentlichen und sozialen Dienstleistungen um 50,9%. Im selben Zeitraum stieg zum ersten Mal seit zwei Jahren die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung leicht an; im Vergleich zum vierten Quartal des Vorjahres erhöhte sie sich um 0,2%. Im gesamten Jahr 2000 stieg die Anzahl der Beschäftigten in den Sektoren Logistik, Post und Telekommunikation um 1% sowie im Bereich der sonstigen Dienstleistungen um 1,2%. Dagegen setzte sich der Abbau der Beschäftigten in der Landwirtschaft (-11,1%), der Industrie (-2,4%) und dem Baugewerbe (-11,6%) weiter fort.

Wachstum des realen BIP, Arbeitslosenquote und Veränderung der Reallöhne in %



* Prognose.

Die hohe Arbeitslosigkeit und eine generelle lohnpolitische Zurückhaltung schlugen sich in einer weiteren Begrenzung des Lohnwachstums nieder. Im vergangenen Jahr stiegen die durchschnittlichen Nominallöhne (brutto) um 6,5%, d.h. um 0,7 Prozentpunkte langsamer als 1999; die Reallöhne lagen um 4,9% unter dem Vorjahresniveau. Mit Ausnahme der Post- und Telekommunikationsbranche mussten dabei alle Wirtschaftszweige Reallohnverluste hinnehmen. Während diese im Transport 2,2%, in der Industrie 2,4% und im Baugewerbe 4,9% betrugen, verzeichneten der Haus- und Wohnungsbau mit 7,9% sowie der Groß- und Einzelhandel mit 12,8% bzw. 12,2% die stärksten Reallohnrückgänge. Vor dem Hintergrund der Sparpolitik ist jedoch der überdurchschnittlich hohe Lohnzuwachs in den staatlichen Industrieunternehmen bemerkenswert, der mit nominal 14% den durchschnittlichen Lohnanstieg im Privatsektor deutlich übertraf.

Insgesamt zeichnete den Arbeitsmarkt in den letzten drei Jahren eine sich verstärkende regionale Disparität sowohl im Hinblick auf die Arbeitslosenquote als auch bezüglich des Reallohniveaus aus. Verglichen mit dem Wachstumszentrum Bratislava, das mit 6,4% (Ende 2000) die niedrigste Arbeitslosigkeit und die höchsten Einkommen in der Slowakischen Republik aufweist, hat sich in den übrigen Regionen das Verhältnis zwischen den durchschnittlichen Einkommen einerseits und der Arbeitslosenquote andererseits im Verlauf der vergangenen drei Jahre deutlich verschlechtert. Während z. B. die Anzahl der Beschäftigten in den ersten drei Quartalen 2000 in Bratislava etwa um 0,5% zunahm, reduzierte sie sich in den Regionen Presov (Arbeitslosenquote Ende 2000: 22,1%) und Zilina (Arbeitslosenquote Ende 2000: 16,8%) im selben Zeitraum um jeweils über 3% (Labour Force Survey). Des weiteren erreichten die Durchschnittslöhne dieser Regionen in der selben Periode nur knapp 62% bzw. 70% des durchschnittlichen Lohnniveaus in Bratislava.

Geld- und Fiskalpolitik

Aufgrund der stufenweisen Anhebung administrativer Preise und einer Mehrwertsteuerangleichung im Rahmen des wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms der Regierung sowie darüber hinaus der Abwertung der Slowakischen Krone stieg die durchschnittliche Inflationsrate der Verbraucherpreise im Jahr 2000 auf 12,2%. Wesentliche Faktoren für den Preisanstieg waren dabei neben den Anhebungen der Preise für Mieten, Strom und Wasser auch die Preissteigerungen bei Öl und Gas (Ende Dezember 2000 zusammen +22,3%). Nachdem die Konsumentenpreise im Mai 2000 im Vergleich zum Mai 1999 noch um 16% zugelegt hatten, sank die Preissteigerungsrate zum Jahresende auf 8,4%.

Unbeeindruckt von der aktuellen Entwicklung zielte die slowakische Geldpolitik während dieser Phase auf die Rate der Kerninflation (unter Ausschluss des Einflusses regulierter Preise und Änderungen der indirekten Besteuerung), die zum Jahresende 2000 mit 4,6% innerhalb des festgelegten Zielkorridors von 4,5–5,8% lag. Noch im März 2000 hatte die Kerninflationsrate im Jahresvergleich 7% erreicht. Aufgrund des geringen Lohndrucks (bei sinkenden Reallohnen trotz Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität) und gewisser Erfolge bei der Eindämmung des doppelten Defizits in Haushalt und Leistungsbilanz führte diese Politik erneut zu sinkenden Nominalzinsen.

Der Anstieg der Produzentenpreise fiel im Jahresdurchschnitt 2000 mit 6 Prozentpunkten auf 9,8% noch stärker aus als die Erhöhung der Konsumentenpreise. Der Spitzenwert im Jahresvergleich wurde im Juni 2000 mit 11,8% erreicht (Dezember 2000: 9,1%). Zu diesem Anstieg trugen zahlreiche derjenigen Faktoren bei, die auch für die Erhöhung der

Konsumentenpreise verantwortlich waren. So stiegen z. B. im Jahresdurchschnitt 2000 die Preise für Raffinerieerzeugnisse um 38%, während sich chemische Produkte um 14,8% sowie Strom, Gas und Wasser um 13,2% verteuerten.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Geldpolitik der Nationalbank auch in nächster Zeit eher von kurzfristigen Überlegungen bestimmt wird als von der Vorgabe mittel- bis langfristig orientierter Inflationsziele, die bisher auch gar nicht formuliert wurden. Für das Jahresende 2001 gibt die Nationalbank lediglich ein kurzfristiges Inflationsziel von 6,7% bis 8,2% an. Der angenommene Zielkorridor der Kerninflation wird mit 3,6% bis 5,3% angegeben.

In der letzten Zeit hat die Nationalbank mehrfach am Devisenmarkt interveniert, um eine Abschwächung der Krone über die psychologisch wichtige Marke von 44 Sk/EUR zu verhindern. Für das laufende Jahr wird insbesondere aufgrund der erwarteten Fortsetzung des Privatisierungskurses und damit verbundener Zuflüsse ausländischen Kapitals sowie einer weiteren Abschwächung der Inflation zunächst eine weitgehend stabile Entwicklung des Wechselkurses der Slowakischen Krone gegenüber dem Euro angenommen.

Trotz der Sanierungsbemühungen der Regierung wurde das für 2000 geplante Staatshaushaltsdefizit von 18 Mrd. Sk (2% des BIP) mit 27,6 Mrd. Sk (3,1% des BIP) deutlich überschritten. Dennoch konnten im Staatshaushalt 2000 die geplanten Einnahmen um 16% übertroffen werden. Dies ist vor allem auf über dem Plan liegende Mehrwertsteuereinnahmen von rund 8 Mrd. Sk infolge der Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 10% auf 12% zum Jahresanfang 2000 sowie außerplanmäßige Transferzahlungen des Staatsfonds für den Straßenbau (7,9 Mrd. Sk) und der Nationalbank (4,1 Mrd. Sk aus Anteilsverkäufen zzgl. 4 Mrd. Sk aus Sonderzahlungen) zurückzuführen. Allerdings wurden gleichzeitig die geplanten Staatsausgaben um mehr als 19% überschritten. Damit erhöhte sich das Staatshaushaltsdefizit 2000 gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte auf 3,1% des BIP. Gleichzeitig konnte das Defizit der konsolidierten Haushalte (unter Einbeziehung der Haushalte, der Kommunen, der Renten- und Krankenversicherung sowie außerbudgetärer Fonds; ohne Privatisierungseinnahmen) nach vorläufigen Angaben geringfügig auf 3,4% des BIP (Defizit 1999: 3,6% des BIP) reduziert werden, womit allerdings das Ziel, das Defizit der öffentlichen Haushalte 2000 auf 3% des BIP zu verringern, verfehlt wurde. Unter Berücksichtigung der Sanierungsaufwendungen für den Bankensektor und Zahlungen im Zusammenhang mit staatlichen Garantien für diesen Sektor betrug das konsolidierte Haushaltsdefizit sogar über 5% des BIP.

Die Ursachen der weiterhin angespannten Haushaltslage liegen nicht zuletzt in den Bemühungen der Regierung um die Sanierung hochverschuldeter Unternehmen, insbesondere der großen, noch im Staatseigentum befindlichen Banken. Vor allem die mögliche

Inanspruchnahme der vom Staat zugunsten von Banken oder Industrieunternehmen gegebenen Garantien birgt erhebliche Risiken in sich, deren etwaige, zukünftige Realisierung zu einem abrupten Anstieg der Fiskaldefizite und auch der öffentlichen Verschuldung führen kann. Den positiven Wirkungen des Sparprogramms wirkt auch das steigende Defizit im Bereich der Sozialversicherung entgegen. So schloss die staatliche Sozialversicherungsgesellschaft das Jahr 2000 nach vorläufigen Angaben mit einem Defizit von mehr als 2,2 Mrd. Sk ab, während die staatliche Krankenversicherung ein Defizit von rund 200 Mio. Sk verzeichnete.

Der im Dezember 2000 verabschiedete Haushaltsentwurf der Regierung für das laufende Jahr sieht ein Defizit von 37,2 Mrd. Sk (etwa 3,8% des BIP) vor. Gegenüber dem Budget 2000 sollen die Staatsausgaben demnach um nominal 7,9% steigen, die Einnahmen hingegen um nominal 1,7% sinken, so dass die Ausgaben real etwa unverändert bleiben und die Einnahmen real sogar um ca. 9% sinken werden. Das erwartete Defizit der konsolidierten Haushalte für 2001 liegt nach Schätzung der EU bei knapp 5% (ohne Aufwendungen für die Bankensanierung). Der Haushaltsentwurf ist bei der EU und dem IWF auf scharfe Kritik gestoßen. Nach dem Anfang 2000 zwischen der Slowakei und der EU vereinbarten Plan zur Stabilisierung der Wirtschaft sollte das Defizit der öffentlichen Finanzen 2001 nicht mehr als 2,5% des BIP betragen und in den Folgejahren weiter stufenweise verringert werden. Zweifellos ist eine Ausweitung des Haushaltsdefizits nicht mit der mittelfristig angestrebten Konsolidierung vereinbar und könnte die positiven Ergebnisse der makroökonomischen Stabilisierung gefährden. Daher sind zukünftig verstärkte Maßnahmen zur Verringerung des Haushaltsdefizits zu treffen. In diesem Zusammenhang fordert z.B. der IWF die konsequente Nutzung der Privatisierungserlöse für den Schuldenabbau.

Außenwirtschaft

Die slowakische Handelsbilanz schloss im vergangenen Jahr mit einem Defizit von 42,36 Mrd. Sk (4,8% des BIP), das sich damit nochmals leicht gegenüber 1999 (5,1% des BIP) verringert hat. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der Handelsbilanz im Jahr 2000 war das starke Exportwachstum. Begünstigt durch die Konjunkturbelebung in den bedeutendsten Handelspartnerländern sowie die Verluste beim Außenwert der Slowakischen Krone erhöhte sich die gesamte Warenausfuhr um nominal 29,4% auf 548,4 Mrd. Sk; preisbereinigt erreichte sie einen Anstieg von 16%. Die Importe, die im Rezessionsjahr 1999 mit einer nominalen Zuwachsrate von 1,6% nahezu stagniert hatten (in USD entsprach dies einem Rückgang um 15,5%), verzeichneten im vergangenen Jahr einen hohen Zuwachs um nominal 26% auf 590,7 Mrd. Sk.

Die Zunahme der Exporte ist insbesondere auf die gestiegene Ausfuhr von Produkten der Automobilindustrie, des Maschinenbaus sowie der Elektroindustrie zurückzuführen. Der stabile Anteil dieser Branchen von nahezu 40% am gesamten Exportwachstum im Jahr 2000 zeigt auch die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der slowakischen Wirtschaft, die maßgeblich durch den vermehrten Zufluss ausländischer Direktinvestitionen bewirkt wurde. Zu dem Exportanstieg haben auch die Ausfuhren von Halbfertigerzeugnissen (insgesamt 24,2% des Gesamtanstiegs), darunter vor allem Eisen- und Stahlwalzgut (+10 Mrd. Sk), Aluminium bzw. Aluminiumerzeugnisse (+3,3 Mrd. Sk) sowie Papiererzeugnisse (+2,8 Mrd. Sk), beigetragen. Die Anteile von mineralischen Kraftstoffen und Chemikalien am gesamten Exportwachstum beliefen sich auf 14,6% bzw. 8,1%, worin sich auch der Anstieg der Ölpreise widerspiegelt.

Der hohe Anteil von Erdgas, Erdöl und Öl-Derivaten (35%) am Gesamtanstieg der Importe ist im wesentlichen eine Folge der Verteuerung von Öl und Gas auf den Weltmärkten sowie der Einbußen beim Außenwert der Slowakischen Krone. Demnach war dieser Preiseffekt für 92,7% des Importwachstums in dieser Warengruppe bzw. für 32,5% des gesamten Anstiegs der Einfuhren verantwortlich. Die Importe von Halbfertigerzeugnissen und Chemikalien stiegen im vergangenen Jahr aufgrund der Erholung der Industrieproduktion um 19 Mrd. Sk bzw. 11,8 Mrd. Sk (25,3% des gesamten Importwachstums). Die Intensivierung internationaler Wirtschaftsbeziehungen und die Zunahme von Einfuhren für Investitionszwecke führten zu einer Steigerung der Importe von Maschinen und Transportausrüstungen um 33,6 Mrd. Sk (27,6% des gesamten Importwachstums). Dagegen fiel der Anstieg der Einfuhren von anderen Industrieerzeugnissen und Nahrungsmitteln geringer aus und betrug insgesamt 7,7% des Gesamtwachstums.

Die regionale Struktur des Außenhandels der Slowakischen Republik mit der EU und der CEFTA blieb im wesentlichen unverändert. Haupthandelspartner waren mit 48,9% der Importe und 59,1% der Exporte die Mitgliedsländer der Europäischen Union. Mit Anteilen von 25% an den Einfuhren und 26,8% an den Ausfuhren blieb Deutschland darunter einmal mehr der bedeutendste Handelspartner. Unter den CEFTA-Ländern bildete die Tschechische Republik weiterhin mit 14,7% der Importe und 17,4% der Exporte den wichtigsten Markt der Slowakei. Aufgrund des Anstiegs der Öl- und Gaspreise hat sich demgegenüber das Defizit aus den Handelsaktivitäten mit den Ländern der GUS, darunter Russland, verschlechtert. Während die Anteile der Exporte in die GUS-Länder an den Gesamtexporten mit 2,4% (Russland: 0,9%) nahezu unverändert geblieben sind, stiegen die Importe aus den Ländern der GUS deutlich von 13,6% 1999 auf 18,8% im Jahr 2000 (Russland: von 12% 1999 auf 17% 2000).

Die traditionell aktive Dienstleistungsbilanz entwickelte sich vor allem infolge höherer Einnahmen der Transportwirtschaft (darunter in erster Linie die Durchleitung von Erdgas) mit einem Überschuss von 20,3 Mrd. Sk (2,3% am BIP) positiv. Dies sowie das starke Exportwachstum führten im vergangenen Jahr zu einer weiteren Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits auf 3,7% des BIP (nach 5,8% bzw. 9,7% in den Jahren davor). Der über den allgemeinen Erwartungen liegende Anstieg der Importe im vierten Quartal 2000 verhinderte dabei einen noch stärkeren Rückgang des Leistungsbilanzdefizits. Aufgrund der Annahme weiter steigender Importe und einer anziehenden Inlandsnachfrage rechnet die Slowakische Nationalbank für 2001 und 2002 mit einer moderaten Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits.

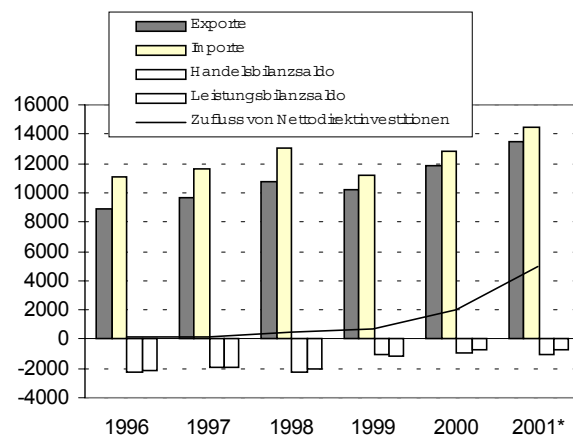
Nach bislang sehr geringen Nettozuflüssen von ausländischen Direktinvestitionen (1999 noch 728 Mio. USD) erreichte ihr Volumen im Jahr 2000 mit rund 2,1 Mrd. USD seine bisherige Rekordhöhe (etwa 10,7% des BIP). Dieser Anstieg ist im wesentlichen eine Folge der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes und der zunehmend realistischen Perspektive einer EU-Integration.

Von den 2000 in die Slowakische Republik geflossenen ausländischen Direktinvestitionen in Form von Eigenkapital und reinvestierten Gewinnen (ca. 2 Mrd. USD) stammte rund die Hälfte (49%) aus Deutschland und rund ein Viertel (25,5%) aus den Niederlanden. Größere Investitionen wurden darüber hinaus aus Österreich (9,7%), Ungarn (6,3%) und den USA (5,3%) getätigt. Dabei verzeichneten Bratislava (60,4%) und Kosice (31,3%) mit Abstand die größten Zuflüsse. Insbesondere infolge der Privatisierungsaktivitäten der Regierung flossen mehr als 90% der Mittel in den Transport- und Logistiksektor und die Telekommunikationsbranche (zusammen 46,6%) sowie das produzierende Gewerbe (45,8%). Mehr als 40% der ausländischen Kapitalengagements entfielen auf die Privatisierung der slowakischen Telecom unter Einbeziehung der Deutschen Telekom als strategischem Investor, die für einen Anteil von 51% rund 1 Mrd. Euro bezahlte. Die zweitgrößte Investition eines ausländischen Unternehmens in der Slowakei im Jahr 2000 war die Beteiligung von US Steel bei VSZ Kosice mit einem geschätzten Kontraktvolumen von rund 500 Mio. USD.

Von den ausländischen Direktinvestitionen profitierten damit im abgelaufenen Jahr vor allem die bestehenden Unternehmen, während in den Vorjahren Neugründungen hundertprozentiger Tochtergesellschaften oder von Joint Ventures dominierten. Auch im laufenden Jahr werden die ausländischen Direktinvestitionen aufgrund der vorgesehenen Veräußerungen staatlicher Beteiligungen (z. B. Privatisierung von Banken und anderer bislang strategischer Unternehmen) wieder vor allem in bestehende Gesellschaften fließen, wobei das Gesamtvolumen wesentlich vom Tempo und Erfolg der Privatisierungsmaßnahmen abhängt.

Ende 2000 betrug die gesamte Brutto-Auslandsverschuldung der Slowakei 10,8 Mrd. USD, was 56% des BIP entspricht, und bewegte sich damit etwa auf der Höhe des Vorjahres (1999: 10,5 Mrd. USD). Der Anteil der gesamten kurzfristigen Auslandsverschuldung an der Brutto-Auslandsverschuldung belief sich dabei auf rund 22,4%. Devisenzuflüsse aus dem Ausland trugen maßgeblich zu einer Reduzierung der Netto-Auslandsverschuldung bis Ende 2000 auf rund 2,9 Mrd. USD bei. Gleichzeitig wurde die Schuldendienstquote nach vorläufigen Angaben um 3,8 Prozentpunkte auf 12,4% reduziert.

Handels- und Leistungsbilanz, Zufluss von Nettodirektinvestitionen in Mio. USD



* Prognose.

Institutioneller Wandel und wirtschaftspolitische Aussichten

Die wohl bedeutendste Herausforderung der nächsten Jahre wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unter Berücksichtigung der Interdependenzen zwischen Stabilisierung und institutionellen Reformen sein. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich der jüngste slowakische Reformansatz auf die Bereiche Fiskalpolitik und Deregulierung administrativer Preise, Sanierung und Privatisierung des Bankensektors, Restrukturierung der großen Industriebetriebe sowie Liberalisierung des Marktaustritts und Marktzutritts.

Nachdem bereits im Herbst 1999 ein Sanierungskonzept für den Bankensektor vorgelegt worden war, wurden die drei größten staatlichen Banken – VUB, IRB und SLSP – im letzten Quartal 1999 und im Jahr 2000 durch Kapitalerhöhungen von insgesamt 18,9 Mrd. Sk und den Transfer von schlechten Krediten in Höhe von insgesamt 105 Mrd. Sk (rund 12% des BIP) in die für diese Zwecke bereits Anfang der neunziger Jahre gegründete slowakische staatliche Konsolidierungsbank restrukturiert. Der Anteil der schlechten Kredite in den Bankbilanzen sank durch diese Operation deutlich, was die Position der

Banken vor der Privatisierung wesentlich verbesserte, das Problem der Bankensanierung allerdings noch nicht zu einem Abschluss gebracht hat. Gegenwärtig versucht die Konsolidierungsbank, im Rahmen einer Ausschreibung Käufer für die geplante Veräußerung eines Portfolios von 116 schlechten Krediten mit einem Nennwert von 12,8 Mrd. Sk zu gewinnen. Das Interesse internationaler Investmentbanken und Spezialinstitute am Erwerb dieses Kreditportfolios ist bislang groß, wenngleich in diesem Jahr in der Tschechischen Republik ein ähnlich angelegter Verkauf von schlechten Krediten an die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs lediglich 7% des Nennwerts der Forderungen einbrachte.

Daneben trugen die Beteiligung verschiedener ausländischer Investoren an mehreren kleinen Banken, die Übernahme eines kleineren Kreditinstituts durch SLSP sowie die Liquidation von drei Kleinbanken zur beginnenden Stabilisierung des slowakischen Bankensektors im abgelaufenen Jahr bei. Anfang dieses Jahres übernahm die Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG 87,18% des SLSP-Aktienkapitals für einen Gesamtkaufpreis von 425 Mio. Euro. Darüber hinaus hat inzwischen der Prozess der Entstaatlichung der VUB begonnen, für die gegenwärtig Angebote der französischen Bank Société Générale und der italienischen Banca Commerciale Italiana vorliegen. Die Veräußerung der VUB soll bis zur Mitte dieses Jahres abgeschlossen werden. Bis Ende 2001 stehen des Weiteren die Privatisierungen der übrigen staatlichen Banken, darunter die IRB und die slowakische Postbank, auf dem Programm.

Während die bisherigen Sanierungsaktivitäten zum Teil aus einer Eurobond-Anleihe der Regierung über 500 Mio. Euro vom März 2000 finanziert wurden, wird die Slowakei in diesem und im nächsten Jahr für die Restrukturierung des Bankensektors eine Anleihe der Weltbank in Höhe von insgesamt bis zu 300 Mio. USD in Anspruch nehmen können. Wichtige Bedingungen für die Gewährung des Kredites werden die weitere Stärkung der Bankenaufsicht, die Umstrukturierung des Unternehmenssektors sowie die Einführung und konsequente Anwendung eines wirkungsvollen Konkursrechts sein. In diesem Zusammenhang hat die Regierung bereits ein Gesetz zur Stärkung der Bankenaufsicht beschlossen, das im Juli 2001 in Kraft treten wird und sich an den Empfehlungen der EU, der Weltbank und des IWF orientiert.

Die konsequente Anwendung des Anfang August 2000 in Kraft getretenen, neuen Konkursrechts stellt neben der Aufhebung des schützenden Status eines strategischen Unternehmens und der Schaffung eines effektiven Wettbewerbs im Bankensektor eine

wichtige Voraussetzung für die notwendige Verhärtung der Budgetrestriktionen der Betriebe im Hinblick auf die angestrebte Restrukturierung der Unternehmen dar. Das novellierte Konkursrecht sieht insbesondere die Stärkung der Rolle privater Kreditgeber, deren Forderungen im Konkurs bisher gegenüber Lohnempfängern und dem Staat nachrangig behandelt wurden, und die Verkürzung der Konkursverfahren auf maximal 18 Monate vor.

Nachdem im vergangenen Jahr einige bemerkenswerte Privatisierungserfolge erzielt wurden, so vor allem der Verkauf des Mehrheitspakets der slowakischen Telekom an die deutsche Telekom, die Übernahme des Stahlkonzerns VSZ durch die US Steel sowie die Übernahme des Raffineriekonzerns Slovnaft durch den ungarischen Erdöl- und Erdgaskonzern MOL, hat das Privatisierungsministerium zu Beginn dieses Jahres eine lange Liste von Unternehmen vorgelegt, die im Jahresverlauf 2001 verkauft oder zumindest durch Umwandlung in staatliche Aktiengesellschaften für den Verkauf vorbereitet werden sollen. Darunter befinden sich z. B. große Unternehmen der Energie- und Verkehrswirtschaft ebenso wie Betriebe der staatlichen Wasser- und Abwasserversorgung, der Versicherungswirtschaft und des Gesundheitswesens. Dabei hofft die Regierung auch, mit Hilfe von Aktienverkäufen den bisher schwach entwickelten heimischen Kapitalmarkt nach dem Vorbild der Tschechischen Republik, Ungarns und Polens rasch zu vertiefen und zu verbreitern.

Die OECD hat die mit dem Regierungswechsel im September 1998 einhergegangene politische und wirtschaftliche Kurswende der Slowakei im Dezember letzten Jahres mit der Aufnahme des Landes als viertes OECD-Mitglied unter den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas honoriert. Darüber hinaus haben die erzielten Reformfortschritte auch positive Auswirkungen auf die angestrebte EU-Integration. Seit Februar vergangenen Jahres hat die EU im Rahmen der zweiten Beitrittsrunde Verhandlungen mit der Slowakischen Republik aufgenommen. Allerdings stellt vor allem die politische Entwicklung weiterhin einen Risikofaktor für die Fortsetzung des Reformpfades und die Integration des Landes sowohl in die EU als auch in die NATO dar. Zwar ist mit der Ungültigkeit des Referendums im November 2000 der Versuch des früheren Ministerpräsidenten Meciar gescheitert, durch vorgezogene Wahlen an die Macht zurückzukehren. Aufgrund wachsender Unstimmigkeiten in der Regierungskoalition wird jedoch derzeit der politische Reformprozess weiter beeinträchtigt.

ALEXANDRA REPPEGATHER

Slowakische RepublikFläche: 49,0 Tsd. km²; Bevölkerung: 5,40 Mio.**Gesamtwirtschaftliche Indikatoren**

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung¹							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. Sk	606,1	686,1	750,8	815,3	887,2	973,3
BIP, nominal	Mrd. USD, amtl. Wechselkurs	19,8	20,4	21,3	19,7	19,2	20
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	6,2	6,2	4,1	1,9	2,2	2,9
BIP pro Kopf	USD, amtl. Wechselkurs	3680	3791	3969	3646	3560	3704
	Kaufkraftparität	8893	9437	9766	10125	11490	.
BIP	1989=100 ²	94,4	100,3	104,4	106,3	108,6	111,7
Industrie	1989=100 ²	74,1	75,3	77,9	75,2	82,0	86,9
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	2,5	1,7	3,4	-3,4	9,1	7
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	2,0	-1,0	-5,9	-1,8	-6**	.
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	4,4	9,2	-3,5	-25,8	-0,4	5,8
Struktur laut VGR (nominal)¹							
Industrie	% des BIP	32,2	29,1	28,1	29,3	26,3	.
Land-, Forst- und Fischereiwirt.	% des BIP	5,2	5,0	4,6	4,5	4,1	.
Bauwesen	% des BIP	7,8	7,5	7,1	5,8	4,8	.
Dienstleistungen	% des BIP	54,8	58,4	60,2	60,4	64,8	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	76,8	82,6	82,4	84,3	83,5	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.	68,2	73,2	78,1	78,9	75,9	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	63,2	66,1	67,8	68,3	68,6	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj., %	32,0	12,0	11,1	-18,8	-0,7	.
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP, real	32,8	34,6	36,9	29,4	30,4**	.
Zufluss von Direktinvest., netto ³	Mio. USD	199	106	431	728	2058	5000
darunter aus Deutschland	Mio. DM	290	145	319	225	1786	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, JD	Mio. Personen	2,22	2,21	2,20	2,13	2,10	.
in der Industrie	% d. gesamt. Besch.	30,5	30,3	30,1	29,6	29,3	.
im öffentl. Sektor	Mio. Personen	0,82	0,75	0,71	0,68	0,66	.
Arbeitslosenquote, JE	% (NLO-Def.)	12,8	12,5	15,6	19,2	17,9	19
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	16,5	8,8	2,5	10,9	14,0	.
Nom. Zinssatz, JD ⁴	%, jährl., aufg. Kred.	12,0	18,4	19,3	16,9	11,8**	.
Nom. Zinssatz, JE ⁴	%, jährl., aufg. Kred.	13,5	20,9	18,6	12,7	10,8	.
Realzins (PPI), JD ^{4,5}	%, jährl., aufg. Kred.	7,2	14,6	14,9	6,3	5,0	.
Realzins (PPI), JE ^{4,5}	%, jährl., aufg. Kred.	8,7	19,0	10,1	4,3	4,5	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	5,8	6,1	6,7	10,6	12,2	7,5
Konsumgüterpreise, (Dez./Dez.)	Veränd. gg. Vorj., %	5,4	6,4	5,6	14,2	8,4	7-8
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	4,1	4,5	3,3	3,8	9,8	6,5

Slowakische Republik – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	13,3	12,3	9,6	7,2	6,5	.
Bruttolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	7,1	6,6	2,7	-3,1	-4,9	3
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	8,2	5,6	5,3	0,1	-3,4	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	7,0	4,6	8,6	9,8	2,3	4,5
Sparquote (brutto) ⁶	% des verf. Eink.	11,2	13,1	12,7	12,3	12,7	.
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn, brutto	USD, amtl. Wechselkurs	266	274	284	259	247	260
	Kaufkraftparität	643	683	698	719	.	.
Mindestlohn/Bruttodurchschn.-lohn	%	32,4	29,3	30,0	32,2	35,0	.
Altersrente/Bruttodurchschn.-lohn	%	43,4	42,3	42,4	43,0	43,8	.
Anteil der Haushalte unter der Armutsgrenze ⁷	%	8**
Öffentliche Haushalte (konsolidiert)⁸							
Einnahmen	Mrd. Sk	266,7	272,2	279,5	318,3	326,8**	.
Ausgaben	Mrd. Sk	275,6	302,4	313,9	347,5	356,6**	.
Budgetsaldo	Mrd. Sk	-9,0	-30,2	-34,4	-29,2	-29,8**	-44
Budgetsaldo	% des BIP	-1,5	-4,4	-4,6	-3,6	-3,4**	-4,5
Staatsverschuldung	% des BIP	23,6	21,8	23,7	23,6	25,1	.
Explizite Staatsgarantien	% des BIP	.	.	14,5	13,4	16,7	.
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	8889	9693	10775	10246	11870	13500
Import	Mio. USD	11087	11622	13006	11245	12786	14500
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-2198	-1929	-2231	-999	-916	-1000
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU-15	% der Exporte	41,3	47,1	55,8	59,5	59,1	.
Deutschland	% der Exporte	21,2	23,7	28,9	27,7	26,8	.
GUS-12	% der Exporte	7,3	6,9	4,2	2,6	2,4	.
Russland	% der Exporte	3,5	3,5	1,9	1,0	0,9	.
CEFTA ⁹	% der Exporte	43,0	37,9	32,1	29,7	30,2	.
Import aus							
EU-15	% der Importe	36,9	44,0	50,4	51,7	48,9	.
Deutschland	% der Importe	14,5	19,8	25,9	26,2	25,0	.
GUS-12	% der Importe	.	16,4	12,1	13,6	18,8	.
Russland	% der Importe	17,7	13,5	9,9	12,0	17,0	.
CEFTA ⁹	% der Importe	30,0	27,6	25,1	23,4	21,4	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	3678	4565	6017	5559	6502	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	3427	4182	6040	6250	6690	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	251	383	-23	-692	-188	.

Slowakische Republik – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition¹⁰							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	-2098	-1952	-2063	-1148	-713	-700
	% des BIP	-10,6	-9,6	-9,7	-5,8	-3,7	-3,6
Währungsreserven, ges., JE, alte Methode	Mrd. USD	5,7	6,5	6,1	6,4	.	.
Währungsreserven, ges., JE, neue Methode	Mrd. USD	.	.	.	4,4	5,6	.
Währungsreserven der NBS, JE	Mrd. USD	3,5	3,3	2,9	3,4	4,1	.
Wechselkurse, JD	Sk/USD	30,65	33,62	35,24	41,42	46,20	48
	Sk/DM	20,39	19,41	20,07	22,55	21,78	.
	Sk/€				44,12	42,59	44-46
Realer Wechselkurs zum USD ⁵	Veränd. gg. Vorj., %	-1,3	-4,7	1,0	-12,1	-6,9	.
Realer Wechselkurs zur DM ⁵	Veränd. gg. Vorj., %	6,5	8,6	0,4	-6,8	10,1	.
Auslandsverschuldung, brutto, Dez., alte Methode	Mrd. USD, Dez.	7,8	9,9	11,9	12,5	.	.
brutto, Dez., neue Methode	Mrd. USD, Dez.				10,5	10,8	11
netto, Dez.	Mrd. USD, Dez.	1,9	3,1	5,5	6,2	2,9	.
brutto, alte Methode	% des BIP	39,4	48,5	55,9	63,6	.	.
brutto, neue Methode	% des BIP				53,4	56,3	54
Schuldenquote, brutto, alte Methode	% der Exporte	87,7	102,1	110,4	122,2	.	.
Schuldenquote, brutto, neue Methode	% der Exporte	.	.	.	102,6	91,0**	.
Schuldendienstquote	% der Exporte	12,9	15,1	14,7	16,2	12,4**	11

Anmerkungen: * = Prognose; ** vorläufige Werte bzw. Schätzung; *** 1. Quartal; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ VGR-Daten der letzten Jahre revidiert; ² Jahr vor dem ersten, deutlichen transformationsbedingten Einbruch; ³ 2000 ohne reinvestierte Gewinne; ⁴ für neu vergebene Kredite der Geschäftsbanken; ⁵ auf der Basis der ind. Produzentenpreise; ⁶ Änderung der Bruttoersparnisse in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte; ⁷ Anteil der Haushalte mit höchstens 50% des Durchschnittsnettoeinkommens je Haushaltsmitglied; ⁸ Staats- und kommunale Haushalte, einschl. zentraler außerbudgetärer Fonds, zzgl. Renten- und Krankenversicherung; ⁹ CEFTA umfasst durchgehend die gegenwärtig sieben CEFTA-Mitglieder; ¹⁰ die Unterscheidung zwischen „neuer“ versus „alter“ Berechnungsmethode bei den gesamten Währungsreserven und der Auslandsverschuldung berücksichtigt die Abschaffung (im Februar 1999) der 1996 eingeführten Pflicht der Geschäftsbanken, andere als für Handelszwecke gehaltene Deviseneinlagen zu einem bestimmten Prozentsatz (zuletzt 80%) durch Devisenaktiva in der gleichen Bank zu decken. In Folge sanken die Devisenreserven und -verbindlichkeiten der Geschäftsbanken um 2 Mrd. USD, die Nettoposition des Bankensektors blieb unverändert.

Quellen: Aktuelle und revidierte Statistiken des Slowakischen Statistischen Amtes und der Slowakischen Nationalbank; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen und Schätzungen.